

Teure Kohle

Der Klima-Kompromiss der EU könnte die Republik verändern.

Er macht alte Kraftwerke unrentabel und bevorteilt Öko-Energien

Von Michael Baumüller

Berlin – Das Ergebnis war zwar lausig, der Kanzler aber zufrieden. Um fünf Uhr morgens holte er die Weingläser aus dem Schrank, die Minister stießen an. Nach stundenlangen Verhandlungen hatten sie einen Kompromiss für den Handel mit Emissionsrechten gefunden. Für den Klimaschutz, dem der Handel mit den Kohlendioxid-Rechten eigentlich dienen soll, brachte die Einigung zwar nichts, aber zumindest war der Streit beendet. So funktionierte der europäische Emissionshandel – vier Jahre ist das erst her.

Vergangenen Donnerstag war wieder so eine Nacht, nur verhandelten nicht rot-grüne Minister um Kanzler Gerhard Schröder, sondern Europas Staats- und Regierungschefs höchstselbst. Am Mittwoch nickte das EU-Parlament deren Kompromiss ab – der Europa stärker verändern dürfte, als viele bislang ahnen. Zwar gibt es auch im neuen EU-Modell des Emissionshandel reichlich Sonderregelungen: Die deutsche Industrie wird verschont, die Osteuropäer erhalten Erleichterungen, Gelder werden verschoben. Doch kohleabhängige Energieversorger wie der Essener RWE-Konzern gehen diesmal leer aus – obwohl Bosse bis in die letzte Nacht hinein nervten, um das Klimapakete zu verändern. Kohlekraftwerke, Herkunft jeder zweiten Kilowattstunde Strom im Land, werden künftig kräftig draufzahlen müssen.

Dreh- und Angelpunkt ist die künftige Obergrenze für die Kohlendioxid-Emissionen. Beim Emissionshandel wird so eine Grenze politisch festgelegt, die Unternehmen sind zum Klimaschutz verdammt. Wollen sie die Atmosphäre stärker belasten, müssen sie Emissionsrechte

von anderen Unternehmen oder aus dem außereuropäischen Ausland zukaufen. Je teurer die Emissionsrechte sind, desto weniger lohnt sich die Verbrennung von Kohle. Insbesondere die Braunkohle, Deutschlands wichtigste heimische Energie, setzt viel CO₂ frei, entsprechend hoch sind die Kosten für den Klimaschutz.

Millionen fürs Klima

Mit dem Klimapakete werden die Regeln von 2013 an deutlich strenger. Derzeit stoßen Europas Fabriken und Kraftwerke grob geschätzt 2,2 Milliarden Tonnen Kohlendioxid aus, ein Viertel davon stammt aus Deutschland. Emissionsrechte sollen sie aber von 2013 an nur noch über knapp zwei Milliarden Tonnen bekommen, und bis 2020 soll die Menge Jahr für Jahr schrumpfen – auf gut 1,7 Milliarden Tonnen. Werden die Emissionsrechte aber knapper, steigen sie im Preis. Die Kommission ging in ersten Schätzungen von bis zu 39 Euro je Tonne Kohlendioxid aus, in Bandbreiten zwischen 20 und 60 Euro bewegen sich auch Schätzungen von Energiekonzernen. Mit anderen Worten: Der Betreiber eines modernen Steinkohlekraftwerks mit 800 Megawatt Leistung und hoher Auslastung müsste zwischen 90 und 270 Millionen Euro im Jahr hinblättern, um genügend Emissionsrechte zu erhalten. Für Braunkohle ist es noch deutlich mehr.

Und weil die Emissionsrechte nicht mehr, wie bisher, verschenkt werden, müssen die Unternehmen die Zertifikate nun komplett ersteigern. Der Emissionshandel dürfte damit zunehmend zum spekulativen Geschäft werden. Wann die Emissionsrechte wie viel wert sind, wird

sich so wenig prognostizieren lassen wie der Ölpreis. Den Strompreis muss das nicht unbedingt verändern: Im Börsenpreis für Strom sind die Emissionsrechte schon jetzt enthalten, gehandelt werden sie derzeit mit gut 15 Euro.

Was Klimaschützer freut, macht den Stromerzeugern zunehmend Angst. „Diese Vorgaben machen den Neubau von Kohlekraftwerken deutlich schwieriger“, heißt es beim RWE-Konzern. „Absolut kein positives Signal für die Energiewirtschaft“, sieht auch Hildegard Müller, Chefin des Stromverbandes BDEW. Denn auch an anderer Stelle haben die EU-Staaten die Bedingungen verschärft. Bislang konnten die Energiekonzerne einen großen Teil ihrer Emissionsrechte über Klimaschutz im Ausland einkaufen. Sie modernisierten dort billig alte Anlagen und ließen sich die eingesparten Emissionen gutschreiben. Das aber wird weitaus schwieriger, weil nicht mehr alle Kraftwerke dieses Privileg nutzen können. Viele kommen an die Auslands-Zertifikate bald einzig über komplexe Tauschgeschäfte. Hier bleibt im Zweifel nur eins: Emissionen mindern.

Umweltschützer hatten sich zwar noch wesentlich mehr Druck versprochen, aber auch so werden nun einige Kohle-Investitionen auf den Prüfstand kommen. Erneuerbare Energien werden im Verhältnis zur Kohle attraktiver, aber auch effiziente Gaskraftwerke und neue Kohletechnologien, bei denen das Kohlendioxid abgetrennt und unterirdisch gespeichert wird. Ganz sicher wird der Emissionshandel das Land stärker verändern als jener, auf den Schröder und Co. einst das Glas erhoben. Der nämlich endete mit Zertifikaten zum Spottpreis.